



Niederschrift

15. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 15.04.2015
Sitzungsbeginn: 17:02 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs Oberbürgermeister

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Herr Marcus Krause	SPD	
Herr Mike Schubert	SPD	
Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	ab 17:05 Uhr
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	
Herr Peter Schüler	Grüne/B90	
Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	
Herr Lothar Wilhelm Wellmann	AfD	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Herr Pete Heuer	SPD	
Herr Norbert Mensch	CDU/ANW	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Frau Imke Eisenblätter	Bürgerbündnis	

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	entschuldigt
Herr Günter Anger	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Matthias Finken	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stvv

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
25.03.2015
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Parken im Innenhof des Stadthauses
Vorlage: 15/SVV/0193
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
- 3.2 Parkraumkonzept Campus Stadtverwaltung
Vorlage: 15/SVV/0222
Fraktion DIE LINKE
- 3.3 Parken auf dem Verwaltungscampus
Vorlage: 15/SVV/0227
Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Zukunft der Wohnsiedlungen(Restitutionsobjekte) - Stand
Beteiligungsverfahren"
- 4.2 Statusbericht zur Leitbildentwicklung
Vorlage: 15/SVV/0238
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung und FB
Innovation und Steuerung
- 4.3 Anpassung der Aufsichtsratsvergütung in städtischen Unternehmen
Vorlage: 15/SVV/0196
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 4.4 19. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam zum 31.12.2013
Vorlage: 15/SVV/0220
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 4.5 Touristischer Marketingplan 2015
Vorlage: 15/SVV/0267
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

- 4.6 Ausschreibung der Aufnahme und Verwahrung von Fund- und Verwahrtieren
Vorlage: 15/SVV/0265
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.03.2015

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 17 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister folgende Erweiterung unter dem Punkt „Sonstiges“ vor:

- Auf Wunsch der Fraktion SPD wird zur Zukunft des Bürgertreffs in Eiche und des Hortes für die Ludwig-Renn-Grundschule in Eiche informiert **und**
- auf Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum "Extavium" und zur Fällung der Stieleiche auf einem Grundstück der Entwicklungsträgers Bornstedter Feld GmbH.

Im Weiteren werde zum Tagesordnungspunkt 4.5 zum Verfahrensstand bezüglich der Interimsvereinbarung mit der Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH (TMB) informiert.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, warum die Themen Lärmschutz an der Nutheschnellstraße und Pfingstberg nicht auf der Tagesordnung stehen, dies aber nach dem Protokoll der letzten Hauptausschusssitzung so festgelegt worden sei. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass das Thema Lärmschutz erst am 13.05.2015 beraten werden könne, da erst zu diesem Termin ein Vertreter des Landesbetriebes Straßenwesen anwesend sein könne. Bezüglich des Pfingstberges habe das Gespräch noch nicht stattgefunden – auch hier sei eine Information am 13.05.2015 avisiert.

Die so **ergänzte Tagesordnung** wird einstimmig **bestätigt**.

Gegen die **Niederschrift** des öffentlichen Teils der 14. Sitzung des Hauptausschusses vom 25.03.2015 gibt es keine Einwände; die Niederschrift wird mit 13 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Parken im Innenhof des Stadthauses

Vorlage: 15/SVV/0193

Fraktion Bürgerbündnis-FDP

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 3.1 – 3.3. **zusammen** zu beraten, erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Richter, Werkleiter Kommunaler Immobilienservice (KIS) erläutert an Hand einer Power-Point-Präsentation die gegenwärtige Situation und betont, dass ein Parken in dem Innenhof nach dem jetzigen Stand der Planungen nicht mehr möglich sein werde. Dies begründe sich zum einen darin, dass die Durchfahrt zum Innenhof im Rahmen der denkmalgerechten Sanierung wieder zurückgebaut werde und damit für Pkws nicht geeignet sei. Zum anderen werden für die Büroräume in der unteren Etage Flucht- und Rettungswege benötigt. Entsprechende Türen gehen grundsätzlich nach außen auf und würden hierbei ebenfalls mit Fahrzeugen in Konflikt geraten.

Er verweist im Weiteren darauf, dass die Stadtverwaltung sehr zentral gelegen und in der Regel gut mit dem ÖPNV zu erreichen sei. Dennoch gebe es Mitarbeiter, die aus den unterschiedlichsten Gründen auf den Pkw angewiesen sind, wofür in der Umgebung der Stadtverwaltung (500 – 1.000 Meter) zahlreiche Parkplätze und Parkhäuser zur Verfügung stehen.

Er erläutert die derzeitige Situation der vorhandenen Einfahrtberechtigungen und der zur Verfügung stehenden Parkplätze, die sich daraus ergebenden Probleme, wie die derzeit nicht kostendeckende Gebühr von 7 Euro/Monat, die fehlenden Kriterien für eine Einfahrtberechtigung und die fehlende Klarheit bezüglich der zukünftigen Entwicklung des Verwaltungscampus. Um zumindest vorübergehende Lösungen zu finden, sei der KIS im Gespräch mit dem Personalrat und seien die Anpassung der Einfahrtberechtigungen im Gespräch sowie Vergabekriterien, der Vergabeweg und die Erhöhung des Entgeltes. Eine langfristige Lösung sei erst in den Folgejahren mit der Sanierungsplanung möglich. Für die Stadtverordneten bleibe es aber bei der kostenfreien Einfahrtberechtigung.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass eine Kompensation durch das Parkhaus in der Hegelallee nicht möglich sei, weil dies eine hohe Auslastung verzeichne. Deshalb sei auch die Prüfung der Errichtung eines weiteren Parkhauses auf dem Gelände der Stadtverwaltung nicht ausgeschlossen.

In der sich anschließenden Diskussion werden die Nachfragen beantwortet, wie die Regelungen für Radfahrer und die Schaffung überdachter Stellplätze, die Gestaltung des Innenhofes, Lösungsmöglichkeiten, wie die Nutzung der Einfahrt in der Helene-Lange-Straße und die Parkplätze vor der Kfz-Zulassungsstelle, das Vergabesystem und die Höhe des zukünftigen Entgeltes.

Im Ergebnis der Diskussion fragt der Oberbürgermeister nach, ob die Fraktion Bürgerbündnis-FDP ihren Antrag **zurückzieht**. Dies wird von Frau Eisenblätter **bestätigt**.

zu 3.2 **Parkraumkonzept Campus Stadtverwaltung**

Vorlage: 15/SVV/0222

Fraktion DIE LINKE

siehe Tagesordnungspunkt 3.1

Zu diesem Antrag schlägt der Oberbürgermeister vor, ein kurzfristiges Konzept für die Bauphase noch vor der Sommerpause vorzulegen und für ein längerfristiges Konzept keinen Zeitpunkt festzulegen, aber den Hauptausschuss fortlaufend zu unterrichten.

Frau Dr. Müller stimmt diesem Vorschlag namens der Fraktion DIE LINKE zu.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein kurzfristiges Parkraumkonzept für Campus der Stadtverwaltung für die Zeit der Bauphase bis vor der Sommerpause vorzulegen und den Hauptausschuss fortlaufend über die Entwicklung eines generellen Parkraumkonzeptes zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	17
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.3 **Parken auf dem Verwaltungscampus**

Vorlage: 15/SVV/0227

Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler

siehe Tagesordnungspunkt 3.1

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass ein Konzept zur Parkraumnutzung auf dem Gelände des Verwaltungscampus erarbeitet wird.

Dieses Konzept soll sozial verträglich gestaltet werden und die familiäre Situation, die Entfernung der Wohnstätte zum Arbeitsplatz sowie mögliche körperliche Beeinträchtigungen der Mitarbeiterin/des Mitarbeiters berücksichtigen.

Darüber hinaus ist dafür Sorge zu tragen, dass keine weiteren Parkflächen wegfallen, um die Situation nicht weiter zu verschärfen und zu prüfen, ob Flächen, die nicht durch die gegenwärtige Bautätigkeit genutzt werden (Bodenplatten Container) temporär zur Nutzung freigegeben werden können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	16
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Zukunft der Wohnsiedlungen(Restitutionsobjekte) - Stand Beteiligungsverfahren"

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, erläutert den Sachstand an Hand einer Power-Point-Präsentation. Er erinnert an den Ablauf des Mitwirkungsprozesses in seinen einzelnen Phasen und informiert über den aktuellen Arbeitstand, der in einer Konferenz am 30.05.2015 münde, in der alle Akteure und alle Handlungsansätze zusammengeführt werden. In diesem Rahmen werde informiert und diskutiert, auch mit den Stadtverordneten, sowie individuelle Vereinbarungen zwischen den Initiativen und der Pro Potsdam abgeschlossen. Darüber hinaus werde der Ergebnisbeschluss vorbereitet und Vereinbarungen zum weiteren Ablauf getroffen.

In der Veranstaltung am 30.05.15, so Herr Kärsten von der WerkStadt für Beteiligung, gehe es um die Objekte Großbeeren- und Grünstraße und es sei der konkrete Ablauf noch nicht abschließend geklärt, da er von den Ergebnissen der Arbeit der einzelnen Arbeitsgruppen abhängt.

Er könne so viel sagen, dass in einem ersten Schritt über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen berichtet werde und in einem zweiten Schritt mit den Akteuren die Inhalte und das Vorgehen diskutiert und kommentiert werden könne. Die dafür zu nutzenden Formate werden sich an den Inhalten ausrichten.

zu 4.2 Statusbericht zur Leitbildentwicklung

Vorlage: 15/SVV/0238

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung und FB Innovation und Steuerung

Hierzu gibt Herr Dr. Andersen, Fachbereich Steuerung und Innovation per Power-Point-Präsentation einen Sachstandsbericht. Derzeit werden durch einen Werbefilm und Plakate auf den Prozess aufmerksam gemacht und seien bereits 300 Vorschläge online und 250 per Postkarte eingegangen. Am 17. April startet der online-Dialog sowie die Stadtdialoge. Darüber hinaus werde es weitere Beteiligungsphasen geben; so im Juni die Themenforen, im Juli/August den Leitbildentwurf und im September die Leitbildwerkstätten, so dass am 04. November eine entsprechende Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden kann.

Der Oberbürgermeister bittet die Stadtverordneten, an den Stadtdialogen teilzunehmen und sich in den Prozess mit einzubringen.

zu 4.3 Anpassung der Aufsichtsratsvergütung in städtischen Unternehmen

Vorlage: 15/SVV/0196

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister fragt nach, ob die in der letzten Hauptausschusssitzung dazu erbetene Verständigung der Fraktionsvorsitzenden stattgefunden habe.

Dies, so Herr Schubert, war auf Grund der Osterferien noch nicht möglich. Herr Schultheiß schlägt vor, sich nach der Ältestenratssitzung am 05.05.2015 dazu zu verständigen.

Gegen die **Zurückstellung** der Mitteilungsvorlage bis zur Sitzung am 13.05.2015 erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4.4 19. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam zum 31.12.2013
Vorlage: 15/SVV/0220

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Auf Nachfrage informiert Frau Hartmann, Bereichsleiterin Beteiligungsmanagement, dass der Ergänzungsband in den nächsten 2 Wochen ausgereicht werde.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.5 Touristischer Marketingplan 2015
Vorlage: 15/SVV/0267

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs erläutert den vorliegenden Entwurf des Marketingplans 2015 und geht dabei auf einzelne Schwerpunkte ein.

Anschließend informiert Frau Krusemark über den Verfahrensstand der Interimsvereinbarung. Entsprechend der Ankündigung in der letzten Hauptausschusssitzung habe die Stadt gegen die

Entscheidung der Vergabekammer sofortige Beschwerde eingelegt. In der letzten Woche habe das Oberlandesgericht Brandenburg entschieden, dass diese keine aufschiebende Wirkung habe und eine endgültige Entscheidung über die Wirksamkeit der Interimsvereinbarung im Juni/Juli getroffen werde. Trotzdem nehme die Stadt die Situation ernst und berate mit der Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH (TMB), wie die touristischen Dienstleistungen aufrechterhalten werden können.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, auf welcher rechtlichen Grundlage das passieren solle, antwortet Herr Jetschmanegg, dass alle offenen Fragen besprochen werden und man gucken müsse, wer hier was machen könne; derzeit sei man im Klärungsprozess all dieser Fragen. Der Oberbürgermeister betont, dass das Ausschreibungsverfahren abgewartet und erst dann das weitere Verfahren betrachtet werden solle. Frau Dr. Schröter fragt nach, wer nunmehr das Recht habe, die touristischen Dienstleistungen zu erbringen. Herr Schüler verweist darauf, dass es keinen Vertragszustand zwischen der Stadt und der TMB gebe und somit der Stadt der Vertragspartner fehle. Damit müsse die Stadt nun sehen, wie sie die touristischen Dienstleistungen sichere.

Im Ergebnis der Diskussion schlägt Herr Jetschmanegg vor, die Präsentation der Bieter abzuwarten, dann zu entscheiden, wer um die Abgabe eines Angebots gebeten werde, um vor der Sommerpause die Entscheidung zu treffen. Der Oberbürgermeister schlägt vor, über konkrete Ergebnisse zu informieren; spätestens zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses.

zu 4.6 **Ausschreibung der Aufnahme und Verwahrung von Fund- und Verwahrtieren**

Vorlage: 15/SVV/0265

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Frau Müller-Preinesberger erläutert die vorliegende Mitteilung.

Herr Dr. Scharfenberg empfiehlt - entgegen dem vorliegenden Vorschlag - den Auftrag nur für ein Jahr mit der Option der Verlängerung zu vergeben, da der Tierschutzverein auf Grund der gegenwärtigen Situation ansonsten keine Möglichkeit habe, sich zu bewerben. Dem schließt sich Herr Schüler an und betont, dass dem TSV wirtschaftliche Nachteile entstehen, wenn er sich einerseits jetzt nicht bewerben könne und der Vertrag zum anderen über drei Jahre laufe.

Herr Schubert verweist darauf, dass der TSV bislang signalisiert habe, keine „Einjahres-Lösung“ zu wollen und der Tierheimbeirat eine „Dreijahres-Lösung“ favorisiert habe. Man könne sich nicht Gremien schaffen und diese anschließend ad absurdum führen. Herr Linke betont, dass es bei dieser Entscheidung nicht um das Wohlergehen des Tierschutzvereins, sondern der zu versorgenden Tiere gehe. Ohne lohnende Investitionen sehe er dies gefährdet. Auf Grund bisheriger Erfahrungen mit dem TSV wisse niemand, ob dieser den Auftrag der Fund- und Verwahrtierbetreuung am Ende wirklich wolle.

Der Oberbürgermeister betont, dass sich alle am Verfahren Beteiligten um Lösungen bemühen; ein konstruktiver Beitrag des TSV sei jedoch nicht erkennbar. Deshalb schlage er vor, so zu verfahren, wie im Tierheimbeirat verabredet. Frau Müller-Preinesberger betont ihrerseits, dass hier eine Dienstleistung zur Fund- und Verwahrtierbetreuung ausgeschrieben werde und damit auch ein Anspruch bezüglich des Tierschutzes und der Qualität der Versorgung bestehe. Das zu sichern, sei für einen Bieter im Rahmen eines Einjahresvertrages schwierig.

Da es sich hier um eine Mitteilungsvorlage handelt, die nur zur Kenntnis zu nehmen ist, in der Diskussion aber unterschiedliche Standpunkte bezüglich der Laufzeit dargelegt wurden, so der Oberbürgermeister, möchte er ein klares Votum des Hauptausschusses zum weiteren Verfahren haben.

Im Ergebnis sprechen sich 11 Mitglieder des Hauptausschusses für eine dreijährige Vertragslaufzeit mit der Verlängerungsoption um ein Jahr und 6 dagegen aus.

Somit werde entsprechend der Mitteilung in der DS 15/SVV/0265 verfahren, so der Oberbürgermeister.

zu 5 **Sonstiges**

Zukunft des Bürgertreffs in Eiche und des Hortes für die Ludwig-Renn Grundschule in Eiche

Frau Müller-Preinesberger führt aus, dass am vorigen Mittwoch ein letztes Gespräch zu Möglichkeiten der Errichtung eines Hortneubaus stattgefunden habe, der Oberlinverein sich aber nicht in der Lage sehe, eine diesbezügliche Entscheidung zu treffen. Im Ergebnis bleibe es bei der zum 30. April ausgesprochene Kündigung des Bürgertreffs. Die Verwaltung sei leider nicht in

der Lage, diese Entscheidung zu beeinflussen, auch rechtliche Möglichkeiten gebe es keine.

Auf Nachfrage von Herrn Schubert, ob es Überlegungen der Verwaltung gebe, die Situation der Hortbetreuung in den Griff zu bekommen, entgegnet sie, dass derzeit diesbezügliche Prüfaufträge mit dem KIS besprochen werden. Herr Winskowski, Ortsvorsteher des Ortsbeirates Eiche, fragt nach, ob es eine mündliche oder schriftliche Zusage der Verwaltung gebe, dass im jetzigen Bürgertreff 25 Hortplätze geschaffen werden. Dies verneint Frau Müller-Preinesberger; es gebe eine Anfrage, aber keine Zusage. Der zuständige Jugendamtsleiter Herr Tölke sei in der morgigen Ortsbeiratssitzung zugegen.

"Extavium"

Der Oberbürgermeister führt aus, dass es Probleme bei der Nutzung der neuen Räumlichkeiten Am Kanal 57 gebe, was u. a. den Brand- und Schallschutz betreffe. Er habe Kontakt mit den Hauptgeschäftsführern der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer aufgenommen und darum gebeten, mit Hilfe der Mitgliedsbetriebe hier Hilfestellung zu geben. Da beide von der Arbeit des Extaviums sehr überzeugt seien, haben sie Unterstützung zugesagt und es gebe bereits einen ersten Besichtigungstermin. Ebenso unterstütze die Pro Potsdam die gemeinsame Aktion zur Herrichtung der Räume.

Frau Dr. Schröter merkt an, dass dieser Standort als Übergangsvariante gelte und fragt, ob sich die Investitionen lohnen und es Aussicht auf eine Lösung gebe. Hierzu führt Herr Werner, Leiter des Extaviums, aus, dass er mit einem Übergang von mindestens 3 – 5 Jahren rechne und sich insofern die jetzt anstehenden Investitionen lohnen. Eine kurzfristigere Übergangsvariante halte er für unwahrscheinlich.

Fällung der Stieleiche auf einem Grundstück der Entwicklungsträgers Bornstedter Feld GmbH

Herr Klipp informiert über die Ereignisse bezüglich einer am 11.03.2015 im Bornstedter Feld nicht genehmigten Fällung und nicht genehmigter Schnitтарbeiten an zwei weiteren Bäumen. Er zitiert im Weiteren aus der Stellungnahme der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

In diesem Zusammenhang handelt es sich gleich um drei Verstöße – einmal gegen die Baumschutzverordnung, zum Zweiten wurde in der Vegetationszeit gefällt und drittens handele es sich um ein Naturdenkmal. Hierbei handelt es sich um eine Ausführungen ohne Beauftragung, denn der vom Entwicklungsträger gestellte Antrag auf Sondergenehmigung wurde von der Unteren Naturschutzbehörde bislang nicht beschieden. Deshalb werde derzeit geprüft, die ausführende Firma strafrechtlich zu belangen.

Herr Schubert spricht sich dafür aus, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, schon um sich rechtlich nicht angreifbar zu machen bzw. den Grundsatz der Gleichbehandlung bei einer Sachbeschädigung zu wahren.

Frau Müller hält es für fragwürdig, dass eine Firma ohne Auftrag derartige Arbeiten ausführt, da sie die Arbeiten auch bezahlt haben wolle.

Herr Klipp betont, dass er hier von einem Missverständnis ausgehe und die Firma in Erwartung einer Genehmigung beauftragt wurde. Das habe auch etwas mit der längeren Bearbeitungszeit in der Unteren Naturschutzbehörde zu tun – die Ursachen dafür werden derzeit verwaltungsintern geprüft. Die langen Bearbeitungszeiten mahnt auch Herr Heinzl an.

Herr Linke betont, dass hier ein Naturdenkmal vernichtet wurde und der Sanierungsträger seiner Sorgfaltspflicht nicht nachgekommen sei, so dass nicht allein die ausführende Firma zur Rechenschaft zu ziehen sei.

Herr Schüler und Herr Heuer bitten um Sachlichkeit und darum, erst zu prüfen und dann zu urteilen.

Seitens der Verwaltung wird eine Unterrichtung des Hauptausschusses über die Ergebnisse der Prüfungen zugesagt.

Die Sitzung wird anschließend mit der Behandlung des nicht öffentlichen Teils – unter Ausschluss der Öffentlichkeit – fortgesetzt.